

Schließung des Großversandhauses Schöpflin

- Menschen machen Geschichte -

„Schöpflin Haagen - weitersagen“, wer kennt diesen Slogan nicht kannte, muss man jetzt eigentlich sagen, denn das traditionsreiche Großversandhaus Schöpflin im südbadischen Lörrach gibt es nicht mehr.

Der Mutterkonzern Quelle¹ kündigte 1998 die Schließung Schöpflins an. Davon betroffen waren 900 Beschäftigte. Die Art und Weise der Schließung löste eine beispielgebende Unterstützungskampagne aus, die in einem bundesweiten Boykott gegen die Firma Quelle gipfelte.

Es wird ein turbulentes Jahr jüngerer Lörracher Geschichte aus der Sicht einer Beteiligten² geschildert. Geschichte geschieht nicht einfach. Sie wird von Menschen gemacht, die etwas tun oder nicht tun.

DIE SCHLIESSUNG IN DATEN

29.10.1998: Der Geschäftsführer von Schöpflin, Dr. Peter Wahle, gibt die Empfehlung an den Mutterkonzern Quelle, das Großversandhaus Schöpflin in Lörrach zum 31. August 1999 zu schließen. Acht Jahre nach dem Umsatzboom der Wiedervereinigung sieht Dr. Wahle für 1998 einen Verlust von 42 Millionen DM voraus.

15.1.1999: Der Unternehmensberater Andreas Budde stellt ein Sanierungskonzept vor, durch das mittelfristig schwarze Zahlen geschrieben werden können, vorausgesetzt, Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind zu gemeinsamen Anstrengungen bereit.

30.1.1999: Christoph Achenbach vom Quelle Vorstand und Schöpflin-Geschäftsführer Dr. Wahle setzen die Bevölkerung durch halbseitige Anzeigen in den Zeitungen am Ort davon in Kenntnis, dass sie an der Absicht festhalten, den Standort Lörrach zu schließen.

21.7.1999: Das traditionsreiche Großversandhaus Schöpflin in Lörrach schließt offiziell mit noch ca. 700 Beschäftigten. Es wurde ein Sozialplan ausgehandelt. Die Marke „Schöpflin“ sollte erhalten bleiben.

Die Arbeitslosenquote der Stadt Lörrach lag 1998 bei 12,7³ Prozent, die zweit höchste in Baden-Württemberg. Schöpflin war einer der zehn größten Arbeitgeber im Landkreis Lörrach. 900 Mitarbeiter sind bei Bekanntgabe der Schließung bei Schöpflin beschäftigt, 70 Prozent davon sind Frauen, 43 Prozent haben keine Berufsausbildung, 49 Prozent sind älter als 45 Jahre, 52 Prozent arbeiten im gewerblichen Bereich. Für die strukturschwache Region könnte die Schließung der 99prozentigen Quelle-Tochter ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosenquote bedeuten, für die Betroffenen die Bedrohung ihrer Existenz.

DER „SCHWARZE SAMSTAG“

31.10.1998, Samstag Morgen - der Frühstückstisch ist gedeckt - die Zeitung liegt parat - gemütlich, bis ich auf den Lörracher Teil stoße. Die Badische Zeitung titelt: „Schöpflin in Lörrach vor dem Ende“. Das kann doch nicht sein, denke ich, und fast gleichzeitig auch an

das Fotostudio, für das ich früher Teile des Schöpflin-Katalogs fotografiert hatte. Das Auftragsvolumen von Schöpflin schrumpfte von Katalog zu Katalog. Womit vormals vier Fotografen vier Wochen lang voll zu tun hatten, reichte ab ca. 1990 gerade für zwei Fotografen. Die stattdessen verwendeten Händlerfotos waren nicht auf das sehr spezielle Druckpapier des Katalogs abgestimmt, was der Qualität abträglich war.

Seit 1998 weiß ich, dass das Symptom im Fotostudio kein Einzelfall war. Die Mitarbeiter mussten ein Wechselbad der Gefühle in puncto Arbeitsplatzsicherheit hinter sich haben. Die diversen Firmenleitungen betonten immer wieder, den Betriebsstandort zu sichern, indem sie umfangreiche Investitionen tätigten. Anfang der 90er Jahre aber muss die Belegschaft Änderungen gespürt haben. Systematische Demontagen nennt sich das: Schöpflin musste seine Kundenkartei an Quelle abtreten und dann für jede Adresse Provision zahlen. Die Erfindung Schöpflins, Elektrogeräte im 48-Stunden-Lieferservice anzubieten, wurde von Quelle übernommen. Schöpflin musste die Großelektrogeräte aus seinem Katalog nehmen. Schöpflin ging mit dem Versender „Mode und Preis“ auf den Markt und schrieb damit schwarze Zahlen. Quelle beorderte den florierenden Geschäftszweig nach Nürnberg. In der Vergangenheit hatte die Belegschaft eine Reihe von Opfern zum Wohle ihrer Firma gebracht. Neben der Reduzierung tariflicher Leistungen, der Schließung des Altersversorgungswerkes für neue Mitglieder und der Einführung flexibler Arbeitszeiten sogar die Einführung der 32-Stunden-Woche bei gleichzeitiger Reduzierung der Einkommen um 12,7 Prozent seit 1997⁴ – und jetzt sollten alle arbeitslos werden: Die Beschäftigten erfahren ihre bevorstehende Kündigung aus der Zeitung! Entlassungen sind immer bitter. Aber diese Art, 900 Menschen zu entlassen, zeugte von Arroganz und Ignoranz. Daran sollte sich Volkes Zorn entzünden.

DER „SCHWARZE MONTAG“

Erste Versammlung der Belegschaft

2.11.1998, Montag Morgen – „Als dann am folgenden Montag die Belegschaft zum Betrieb kam, hatte sie den Eindruck, der Betrieb sei

von einer fremden Macht besetzt worden. An allen Ein- und Ausgängen Wachmänner und bei den Mitarbeiterinformationen trat die Geschäftsführung nur noch mit Leibwächtern auf⁵. Es herrschte eine eisige Stimmung in dem Unternehmen⁶.“ Der Geschäftsführer von Schöpflin, Dr. Peter Wahle, gab mit nüchternen Worten bekannt: „Vorbehaltlich der Zustimmung der Gesellschafter und des Betriebsrates hat die Geschäftsleitung von Schöpflin dem Aufsichtsrat empfohlen, den Standort Lörrach aufzulösen“⁷. Verantwortlich machte er schlechte Logistik und eine veraltete EDV. Dem Vorwurf, das Mutterunternehmen Quelle habe Schöpflin langsam ausbluten lassen, trat Konzernsprecher Erich Jeske entgegen. 250 Millionen DM seien geflossen. Vor den Medienvertretern bemühten sich die PR-Leute der Quelle-Gruppe wegen der heftig kritisierten Informationspolitik um Schadensbegrenzung. Dafür war es allerdings zu spät. Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, hbv, konterte und Geschäftsführer Gerd Vetter warb kämpferisch: „Wir werden uns nicht wie Lämmer zum Schlachthof führen lassen. Wir werden um unsere Zukunft kämpfen. Denn, wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren!“⁸ Die Belegschaft jedoch war zunächst wie paralysiert.

UNTERSTÜTZUNG

Anders die Reaktion aus der Bevölkerung: Das unsensible, kompromisslose Vorgehen bei der Schließung geriet dem Quelle-Vorstand zu einer kleinen Revolution in Südbaden. 900 Menschen sollten entlassen werden, 70 Prozent waren Frauen. Gedanken darüber, was mit ihnen geschehen könnte, machte sich der Konzern Quelle zunächst nicht.

Guido Neidinger, Redakteur, beschrieb in seiner Kolumne⁹ folgendes: „... Allerdings gibt es Tage, da wünscht man sich zwei Köpfe, tausend Füße und ebenso viele Hände. Dann nämlich wäre möglich, sich, ohne Schaden zu nehmen, in zwei Hälften zu teilen, nicht mehr eines nach dem anderen machen zu müssen, sondern vieles gleichzeitig tun zu können. ... Bei Schöpflin war gestern der Kampf mit Bleistift und Block an mehreren Fronten angesagt.“ Die Zeitungen holten noch einmal Luft, denn sie

sollten für ein Jahr fast jeden Tag Schöpflin zum Thema haben. Sie haben sich mit Bravour auch gegen halbseitige Anzeigen von Quelle behauptet und standen zur Region.

Eine große Welle des Mitgefühls für die Schöpflin-Belegschaft verbunden mit unzähligen Solidaritätserklärungen überwiegend aus der Region stürmten nun auf den Schöpflin-Betriebsratsvorsitzenden Hansjörg Obermeier und seinen Stellvertreter Hartmut Kujat ein. Institutionen, Politiker/-innen, Gemeinde- und Kreisräte/-innen, Fraktionen, gesellschaftliche Gruppen und allen voran die beiden Kirchen solidarisierten sich. Die Ereignisse überstürzten sich, Einzelaktionen im Zeitraffer. Sehr viele wurden aus dem alltäglichen Trott aufgeschreckt. Wohin man hörte, beruflich und ehrenamtlich engagierte Menschen schrieben an Erklärungen, Solidaritätsadressen, Presseveröffentlichungen.

Einige Stimmen:

Evangelische Dekanate Lörrach und Schopfheim: „Das darf doch nicht wahr sein! ... Wir haben den Eindruck, daß nicht alles ausgelotet und getan worden ist ...“¹⁰

Katholische Pfarrgemeinde St. Peter: „Wir erinnern Sie an die Sozialpflichtigkeit des Eigentums, die in unserem Grundgesetz festgeschrieben ist.“¹¹

In der Folgezeit haben unzählige Leitungsgremien verschiedener Kirchengemeinden, die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) und anderer Institutionen (z. B. Kindergärten) im Raum Lörrach entsprechende Briefe an den Quelle-Vorstand geschrieben.

Betriebsrat Quelle: „Wir haben heute gegenüber unserer Unternehmensleitung deutlich gemacht, daß wir die im Raum stehende Entscheidung, den Standort Lörrach zu schließen, für eine Katastrophe halten ... auch der Quelle-Betriebsrat und der Gesamtbetriebsrat stehen im Kampf um den Erhalt des Standortes Lörrach ohne jede Einschränkung an Eurer Seite“.¹² Eine beachtenswerte Aussage, die sich später ins Gegenteil verkehren sollte.

Landkreis und Stadt Lörrach: „Es kann nicht angehen, daß Quelle den Namen Schöpflin

nutzt und allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Lörrach die Lebensgrundlage entzieht. ... Der Standort Lörrach darf nicht zum Spielball der Standorte Fürth und Leipzig werden. Aufbau Ost darf nicht durch den Abbau West finanziert werden. ... Wir erwarten von der Konzernleitung, daß die Unternehmensgruppe ihrer wirtschaftlichen und sozialen Verantwortung gegenüber den betroffenen Menschen der Region gerecht wird. ...“¹³ Aufbau Ost und Abbau West bezieht sich auf das mit Steuergeldern subventionierte Vertriebszentrum in Leipzig, das nicht ausgelastet ist.

Am 14.11.1998 kapitulierte die Badische Zeitung. Bezogen auf die Solidaritätsbekundungen schreibt sie: „Bei der Vielzahl der Zuschriften ist es uns nicht möglich, alle im Wortlaut zu veröffentlichen.“

DIE KIRCHENFRAUEN UND -MÄNNER

Lassen Sie es mich deutlich sagen: Als Konfessionslose war ich sehr erstaunt, wie sich „die“ Kirche in der Auseinandersetzung um Schöpflin verhielt. Aber „die“ Kirche gibt es nicht. Hinter dem Begriff „Kirche“ stehen jetzt für mich Gesichter: Pfarrerinnen und Pfarrer, Dekane, Industriefarrer. Menschen, die nicht nur ihre seelsorgerischen Aufgaben, sondern auch ihr politisches Gewicht an dieser „untypischen“ Stelle zeigten. Diese Kirchenfrauen und -männer gehörten zu den ersten, die sich öffentlich zur Schließung äußerten. Sie trugen „Schöpflin“ in die Kirchengemeinden und die Kirche zu Schöpflin. Sie waren die Gründer des Solidaritätskreises Schöpflin (SoS) und diejenigen, die als Mitglieder im SoS-Kreises, Rückgrat und starke Nerven gegenüber den Angriffen seitens der Quelle-Führung beweisen mussten.

DIE POLITIKERINNEN UND POLITIKER

Schöpflin war einer der zehn größten Arbeitgeber im Landkreis Lörrach. „In diesem Zusammenhang wirft die Lörracher CDU-Fraktion dem Quelle-Konzern vor, den systematischen Niedergang der Lörracher Traditionsfirma betrieben und der örtlichen Geschäftslei-

tung nicht den notwendigen unternehmerischen Freiraum gelassen zu haben. Man könne sich des Eindrucks nicht erwehren, daß der beabsichtigte Gang an die Börse auf dem Rücken der Arbeitnehmer im Dreiländereck ausgetragen werde. Die CDU fordert eine genaue Überprüfung der öffentlichen Zuschüsse, die der Konzern in Zuge des Aufbau Ost erhalten habe.“¹⁴ Ein spannendes Thema, sicherlich. Wenn es überprüft wurde, ist das Ergebnis nicht an die Öffentlichkeit gedrungen.

Und da gab es den damaligen SPD-Landtagsabgeordneten und ehemaligen Staatssekretär Peter Reinelt. Er brachte das Thema per Eilantrag in den baden-württembergischen Landtag. Einstimmig (!) wurde die Landesregierung aufgefordert, unverzüglich in Verhandlungen mit Quelle einzutreten mit dem Ziel, die Schließung von Schöpflin in Lörrach zu verhindern. Peter Reinelt, bekannt für seine kämpferischen Reden, wörtlich: „Das kommt nicht nur den aktuell betroffenen 900 Menschen in Lörrach zu Recht zynisch vor. Wenn der Quelle-Konzern vor dem beabsichtigten Börsengang jetzt versuche, rücksichtslos Strukturbereinigung vorzunehmen, dann muß dem, meine Damen und Herren, von der politischen Seite Einhalt geboten werden.“ Peter Reinelt wurde Mitglied im SoS-Kreis. Der heimische CDU-Abgeordnete Martin Zeiher gab zu bedenken, dass Angriffe gegen die Quelle-Konzernleitung sich auch schädlich für den Erhalt der Schöpflin-Arbeitsplätze auswirken könnte. Diese abwartende Zurückhaltung trat auch in Teilen der Belegschaft und bei der Deutschen Angestellten Gewerkschaft auf, führte aber zu nichts.

Die Stadtrat-Fraktion der Grünen in Lörrach rief gemeinsam mit dem Betriebsrat einen Aktionsfond ins Leben, was von viel praktischer Erfahrung zeugte. Er schaffte eine gute Grundlage für weitere Aktionen.

BÜNDNISSE

Die Einzelaktionen, auch die weit reichenden Aktionen der Kirche, stärkten zwar den Rücken der Belegschaft. So zeigte sich Hansjörg Obermeier, Betriebsrat von Schöpflin überzeugt, dass die enorme und beispielhafte öffentliche Kampagne zur Rettung von Schöpflin

auch in Fürth bei Quelle Wirkung erziele.¹⁵ Eigentlich waren sie aber für das Auftreten gegenüber der Konzernleitung mit dem Ziel, viele Arbeitsplätze zu Erhalten, nicht geeignet.

Unabhängig voneinander kristallisierten sich dann Zentren heraus, die mit unterschiedlichen Methoden und in unterschiedliche Kreise hinein arbeiteten. Untereinander waren sie vernetzt durch einzelne Vertreter/-innen des Solidaritätskreises Schöpflin (SoS), die, wo es möglich war, an den Zusammenkünften der anderen teilnahmen:

- die Stadt Lörrach mit Oberbürgermeisterin Gudrun Heute-Bluhm und der Landkreis Lörrach mit Landrat Alois Rübsamen, die an einem Ansteigen der Arbeitslosenzahlen keinerlei Interesse haben konnten. Sie etablierten die Solidaritätsgespräche im Rathaus Lörrach;
- die betroffene Belegschaft von Schöpflin mit ihrem Betriebsrat Hansjörg Obermeier und Hartmut Kujat als Stellvertreter und die zuständige Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (hbv), Südbaden mit Gerd Vetter als Geschäftsführer;
- der Solidaritätskreis Schöpflin (SoS), die „Dritte Kraft“, wie sie später genannt wurde. Nachdem sich diese „Anlaufstellen“ herausgebildet hatten, wurden die Aktionen gerichteter und erreichten einen größeren Wirkungsradius.

DIE OBERBÜRGERMEISTERIN UND DER LANDRAT

Auf Initiative der Stadt und des Landkreis Lörrach fanden die „Solidaritätsgespräche“ im Lörracher Rathaus statt. Am Tisch saßen Stadt- und Kreisräte und wirtschaftliche und gesellschaftlich relevante Gruppen der Stadt Lörrach. Dazu gehörten Industrie- und Handelskammer, Arbeitsamt, Kirche, Parteien etc. Betriebsratsvertreter und die Gewerkschaft hbv informierten den Kreis.

Ziel der „Solidaritätsgespräche“, die bereits vier Tage nach dem „Schwarzen Samstag“ begannen, war der Erhalt des Standortes. Das Wirken fand auf politischer Ebene statt. Etwa 50 Vertreter fanden sich spontan zur Verabschiedung einer Resolution an Quelle zum Erhalt der Arbeitsplätze bereit.



12. 1. 1999: Nelkenaktion in Nürnberg für alle Beschäftigten von Schöpflin legte eine Delegation von Schöpflin-Beschäftigten mit einigen Betriebsräten der Firma an der Einfahrt zum Quelle Verwaltungssitz 900 Namenskarten nieder und schmückte diese mit 900 Nelken

Photo: hbv

Die „Solidaritätsgespräche“ standen in Kontakt mit dem Quelle-Vorstand, auch um die Gesprächsbereitschaft aufrecht zu erhalten. Gemeinsam mit dem Betriebsrat erreichten sie die Einsetzung des Gutachters Andreas Budde am 3.12.1998. „Auftraggeber wurde die Geschäftsführung Schöpflin.“¹⁶ Schon am 10.12.1998 legte musste der Gutachter seine Arbeit niederlegen, nachdem die Geschäftsführung den Zugang zu den Betriebszahlen verweigerte. Dieses Gutachten spielte für einige Menschen eine zentrale Rolle. Würde es für den Erhalt des Betriebes ausfallen, hatte man gegenüber Quelle ein Argument mehr. Mit der Möglichkeit, dass das Gutachten nicht positiv ausfiele, rechnete, glaube ich, niemand. Eine andere Meinung war, dass es völlig gleichgültig wäre, wie es ausfiel. Die Quelleführung hätte das Aus bereits beschlossen. Am 11.12. zieht der Betriebsrat Hansjörg Obermeier den Rechtsbeistand Wolfgang Stather hinzu, der die rechtlichen Möglichkeiten zur Herausgabe

der Daten prüfte. Obermeier stellte ein Ultimatum. Nach einem Drei-Stunden-Gespräch in frostiger Atmosphäre nimmt der Gutachter am 14.12. die Arbeit wieder auf.¹⁷

Für acht Tage später, am 18.12.1998, konnte im Stuttgarter Staatsministerium ein Gespräch mit Ministerpräsident Erwin Teufel (CDU) erwirkt werden. Vorgeschaltet fand ein Gespräch mit der hbv statt. Der Ministerpräsident war bereits gut informiert. Dann trafen sich Führungskräfte aus Nürnberg und Fürth, die Lörracher Oberbürgermeisterin Gudrun Heute-Bluhm und Landrat Alois Rübsamen gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten. Die Gesprächsatmosphäre war wohl offener, aber ohne das Gutachten konnte konkret nichts besprochen werden.

Der Ministerpräsident ließ über dieses Gespräch übermitteln: „Bei dem Gespräch wurde zum einen erörtert, ob eine vollständige Schließung des Großversandhauses Schöpflin noch verhindert oder zeitlich hinausgeschoben

werden kann, zum anderen wurden etwaige flankierende Maßnahmen besprochen, die von Quelle zur Qualifizierung und Weitervermittlung der bisherigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen angeboten werden können. Auch wenn die Situation des Versandhauses Schöpflin nach dem Gespräch weiterhin als außerordentlich ernst zu bezeichnen ist, haben die Vertreter der Firma Quelle zugesagt, Möglichkeiten zu prüfen, ob evtl. andere Geschäftsbereiche nach Lörrach verlagert werden könnten. Damit könnte zumindest ein Teil der Arbeitsplätze erhalten werden. Die Konzernspitze von Quelle hat zugesichert, dass keine endgültige Entscheidung über die Schließung getroffen werde, bevor nicht die Alternativvorschläge des Unternehmensberaters Budde diskutiert seien. ...¹⁸

Nach dem Gespräch wurden 15.000 Unterschriften, die in der Region zur Erhaltung des Standortes gesammelt worden waren, der Konzernleitung übergeben.

DIE GEWERKSCHAFT HBV, DER BETRIEBSRAT UND DIE BELEGSCHAFT

Gerd Vetter, der Geschäftsführer der hbv Südbaden, jetzt ver.di, Abteilung Handel, kenne ich nur „unterwegs“: Er war immer am Handy zu erreichen, außer, wenn er es gerade im Auto irgendwo auf der Strecke Freiburg, Lörrach, Stuttgart, Nürnberg/Fürth auflud. Er versteht sein Geschäft, motivierte mit wirksamen Aktionen die Belegschaft, den Betriebsrat und die Öffentlichkeit. Mich erinnert er an einen Fuchs mit starken Nerven. Die Zahlen und Zusammenhänge immer im Kopf, wusste er genau, was er wann tun musste.

Liest man die Dokumentation der hbv zum Arbeitskampf, so findet man ein aufeinander aufbauendes, sich unterstützendes Geflecht von unzähligen großen und kleinen Veranstaltungen: Betriebsversammlungen, Mitgliederversammlungen der hbv, Betriebs- und Solidaritätsfeste; Organisation von Großveranstaltungen und -aktionen; Gespräche und Verhandlungen mit der Geschäftsführung Schöpflin, Interessenausgleichsverhandlungen mit Quelle und Sozialplanverhandlungen.

Hervorheben möchte einige Großveranstaltungen oder größere Aktionen:

Postkartenaktion „Schöpflin muss bleiben“: Mit der Verteilung wurde wenige Tage vor der Kundgebung am 13.11. begonnen. 120 000 Karten waren nach Gewerkschaftsangaben bis zum 12.12.1998 angefordert worden. Diese gingen in Fürth „säckeweise“ ein.

13.11.98: Protestkundgebung, mit 2 500 Personen auf dem Alten Marktplatz in Lörrach. Alle Redner machten deutlich, dass es nur ein Ziel für sie gibt: Schöpflin muss in Lörrach erhalten bleiben. Unterschriftenlisten werden verteilt. Die Solidaritätsadressen kommen mittlerweile aus der ganzen Bundesrepublik. Der badische Landesbischof der evangelischen Kirche Dr. Ulrich Fischer hat sich in einer Grußadresse dem Appell zur wirtschaftlichen und sozialen Verantwortung gegenüber den betroffenen Menschen gerecht zu werden, angeschlossen. Auch aus dem benachbarten Ausland, Frankreich, erreicht den Betriebsrat eine Solidaritätserklärung BPW Strasbourg, denn von der Schließung waren auch 60 Elsässerinnen betroffen. Von einem „hochkarätigen Egoismus, der keine Spur von Dankbarkeit gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erkennen läßt, die soviel für den Erhalt von Schöpflin getan haben“, sprach der damalige DGB-Kreisvorsitzende Horst Stech. Er wurde Mitglied im SoS-Kreis. Landrat Alois Rüb-samen: „Wir stehen ohne Wenn und Aber hinter der Schöpflin-Belegschaft.“

2.12.98: Menschenkette mit 1 200 Personen zwischen den Schöpflin-Standorten Lörrach-Haagen und Lörrach-Brombach.

ZEIT DES ZÄHEN RINGENS

Für die Belegschaft, den Betriebsrat und die hbv begann eine harte Zeit des zähen Ringens mit der Geschäftsleitung, verbunden mit immer neuen ergebnislosen Gesprächsterminen. Kräfte messen: Zunächst lehnte der Betriebsrat Verhandlungen über einen Sozialplan ab, weil man dadurch die Schließung des Standortes akzeptiert hätte. Im Gegenzug verweigerte die Geschäftsführung ein Nachdenken über Alternativen zur Standortsicherung und neue Projekte. Dann will die Geschäftsführung

wissen, was bei der Beendigung der Arbeitsverhältnisse getan werden sollte. Betriebsrat Obermeier lehnte Gespräche darüber ab. Er wollte Weiterbeschäftigung am Ort. Dieses ging geraume Zeit so weiter.

Zu der Zeit gehörte ich schon zu denjenigen, die morgens zwei Zeitungen auf dem Tisch hatten und die Neuigkeiten verschlang. Es spitzte sich alles auf ein Ereignis zu: Das Gutachten. Es ließ auf sich warten, aber dennoch herrschte keine Ruhe. Wie manch anderer/e nahm ich dieses Gutachten nicht ernst, bzw. das Versprechen der Konzernleitung, dieses gewissenhaft zu prüfen. Es ging nicht um den Erhalt von Arbeitsplätzen oder eines traditionsreichen Unternehmens. Es ging um Renditen, Zusammenlegung, Nutzung eines nicht ausgenutzten Vertriebszentrums in Leipzig. Wenn Sie mit dem Zug an diesem riesigen Logistikzentrum vorbeifahren, verstehen Sie, was ich meine. Ich war damit beschäftigt, über die beabsichtigte Schließung zu informieren, Pakete mit Postkarten „Schöpflin muss bleiben“ in ganz Deutschland zu verschicken und immer wieder Briefe, Presseerklärungen, Appelle zu schreiben.

LAUTES NACHDENKEN

4.11.98: „Die geplante Betriebsaufgabe von Schöpflin trifft viele Frauen, die dort zum Teil schon seit Jahrzehnten arbeiteten. ... Vielleicht, so die beiden Kommunalpolitikerinnen (Anm.: die SPD-Stadt- und Kreisrätinnen Gabriele Schupp und Anne-Christine Heyn), helfe aber doch noch eine starke Solidarisierungswelle, um bei den Verantwortlichen des Quelle-Konzerns eine Rücknahme der Entscheidungen zu erreichen. Beide überlegten sich, zu einem Einkaufs-Boycott bei Quelle aufzurufen.“²⁰

7.11.98: „So kündigten die Kirchengemeinden Weitenau, Wieslet und Endenburg jetzt an, zum Boycott von Quelle aufrufen zu wollen ... Auch andere Gemeinden, so Pfarrerin Susanne Petri, würden die Aktion mittragen.“²¹ Susanne Petri ist Pfarrerin in Steinen und wurde Mitglied im SoS-Kreis.

13.11.98: BPW-Germany,²² Club Weil am Rhein, an den Betriebsratsvorsitzenden Hansjörg Obermeier: „Man wird einen langen Atem haben und die Aktivitäten über den regionalen Raum hinaus ausdehnen müssen. Wir überle-

gen, eine Aktion über Frauenverbände zu starten, denn Frauen sind immer noch die Hüterinnen des Portemonnaies und entscheiden, wann, wo Geld ausgegeben wird. Hierzu warten wir aber erst das Gespräch mit Erwin Teufel ab.“

Man konnte davon ausgehen, wenn Menschen aus unterschiedlichen „Kreisen“ öffentlich über Boycott nachdachten, war der Boden dafür bereitet. Ein erstes informelles Treffen von interessierten Menschen rund um Lörrach zu Fragen einer Kampagnen-Organisation eines Boycotts fand in der Nähe von Brombach statt.²³ Das war am 10.12.98, der Tag, an dem der Gutachter seine Arbeit niederlegte.

Die Kirchen versuchten vor Ort zu helfen: Am 23.12.1998 verteilten Kirchenvertreter nach Arbeitsende Sterne als Hoffnungszeichen an die Beschäftigten. Ein Gottesdienst auf dem Firmengelände war „aus grundsätzlichen Erwägungen“ von Geschäftsführer Dr. Wahle untersagt worden. Gleichzeitig bot er jedoch eine Beteiligung an den evtl. entstehenden Kosten der Durchführung einer solchen Andacht an.

Weihnachten stand vor der Tür. „Eine schöne Bescherung“ wünschte der Quelle-Konzern via Radio derzeit seinen Kunden zum bevorstehenden Weihnachtsfest. Zynischer ließ sich die Gleichgültigkeit des Quelle-Konzerns gegenüber menschlichen Schicksalen nicht mehr auf den Punkt bringen.

Die Weihnachtsbotschaft der vier Dekane wurde am Heiligen Abend und den Weihnachtsfeiertagen verlesen. Darin hieß es: „Was können wir noch tun, ...? Wir können mit anderen gemeinsam überlegen, wie wir mit Bestellungen und Einkauf bei Quelle bewußt und verantwortungsvoll umgehen.“²⁴ Das traurige Weihnachten 1998 ging ohne Boycott ins Land, obwohl schon eineinhalb Monate vorher hier und da laut darüber nachgedacht wurde.

SOLIDARITÄTSKREIS SCHÖPFLIN SoS

5.1.99: Der SoS-Kreis konstituiert sich. Einziges Ziel: Erhalt von Arbeitsplätzen. Zunächst trafen sich Pfarrerrinnen, Pfarrer und Dekane der evangelischen und katholischen Kirchengemeinden rund um Lörrach und das evangelische Industriepfarramt für Südbaden. Sie



Mitglieder des Solidaritätskreises Schöpflin (SoS), die zum Boykott gegen die Firma Quelle aufrufen, um die Arbeitsplätze bei der Fa. Schöpflin in Lörrach zu erhalten

haben sich an einer Stelle eingesetzt, die nicht nur, wie es häufig als Aufgabe angesehen wird, Seelentrost und Beistand bei erhaltenen Schmerzen geleistet, sondern sie haben die Kampagne in Bewegung gebracht. Die Kirchen waren Initiator des SoS-Kreises und wichtig als Teil des Kreises, als Moderator im SoS-Kreis und im Herstellen von Öffentlichkeit. Schnell vergrößerte sich die Gruppe zu einem festen Stamm an Mitgliedern.

DIE MITGLIEDER DES SOS-KREISES

Vertreter der katholische Kirche:

Dekanat Wiesental, Pfarrgemeinde St. Peter in Lörrach mit Dekan Franz Kreutler; Pfarramt St. Josef in Brombach mit Pfarrer Bernhard Schneider; Pfarramt Höllstein mit Hermann Kohler; Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB), KAB-Sekretär Hochrhein Wiesental Paul Röther;

Vertreter/-innen der evangelischen Kirche:

Pfarramt Brombach mit Pfarrer Andreas Riehm-Strammer; Pfarramt Steinen mit Pfarrerin Susanne Petri; Industriepfarramt Südbaden in Freiburg mit Industriepfarrer Werner Jahn und dem ehemaligen Mitarbeiter Wolf Roßkamp; Industrie- und Sozialpfarramt Nordbaden, Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt (KDA) in Mannheim mit Kampagnenberater Ulrich Wohland.

Parteienvertreter/-in:

SPD-Landtagsabgeordneter Peter Reinelt; Bündnis 90/Grünen-Stadträtin Margarete Kurfuß.

Gewerkschaftsvertreter:

Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) und Internationaler Gewerkschaftsrat im Dreiländereck mit Ernst Kornprobt; Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), Lörrach/Waldshut mit dem DGB-Kreisvorsitzenden Horst Stech.

Vertreter/-in freier Gruppen:

Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Freiburg mit dem Vorstandsmitglied Georg Hoffmann; Business and Professional Women (BPW-Germany), Club Weil am Rhein mit der 1. Vorsitzenden Petra Böttcher.

Was für eine Zusammensetzung, werden Sie sich sagen. Aber ich glaube, genau diese Unterschiedlichkeit der Gruppierungen war eines der Erfolgsrezepte des SoS-Kreises. Bezogen auf die Wirkung nach innen hieß das: Fensterreden fanden nicht statt. Man konnte dadurch viel Zeit und Nerven sparen. Bezogen auf die Wirkung nach außen hieß das Glaubwürdigkeit, denn wir waren nicht „von Berufswegen“ engagiert. Wir kamen von verschiedenen Richtungen und wirkten in verschiedene Richtungen. Wir trafen uns wöchentlich für zwei bis drei Stunden, um das Vorgehen zu besprechen und abzustimmen oder an Aktionen teilzunehmen. Der Kern der Arbeitsgruppe stand jeden Tag miteinander in Verbindung. Ein zweiter Punkt, der zu einer angenehmen Arbeitsatmosphäre beigetragen hatte, war die professionelle Moderation durch Ulrich Wohland vom Industriepfarramt Nordbaden, Mannheim. Als Kampagnenberater und Soziologe ließ er das Wissen und die Erfahrungen aus anderen Arbeitskämpfen mit einfließen. Als Moderator brachte er Struktur in die Themen.

Wir hatten ein großes Vorhaben: Wir wollten die Arbeitsplätze am Ort erhalten. Nur ein Teil unseres Kreises hoffte noch auf ein „Einsehen“ der Firmenleitung, angesichts des ja noch ausstehenden Budde-Gutachtens. Sie hofften darauf, dass so ein großer Schritt wie ein Boykott, der damals noch dezent Kaufenthaltung genannt wurde, nicht nötig werden würde und sahen es als letztes Mittel der Abwehr der Schließung an.

Als das Budde-Gutachten von der Quelle-Führung nicht akzeptiert wurde, war für alle klar, dass es ohne Boykott nicht gehen würde. Alle verfügbaren Kräfte, die politischen, gewerkschaftlichen, die Belegschaft, taten das, was sie tun konnten. Nach der Meinung vieler im SoS-Kreis, waren „die politischen Mittel“ ausgereizt, obwohl die Solidaritätsgespräche im Rathaus weiter stattfanden, die Belegschaft weiter demonstrierte und die hbv sich zu

immer neuen Gesprächen mit der Quelle-Führung an einen Tisch setze. Alle zogen in eine Richtung: Erhalt der Firma Schöpflin, aber der Großkonzern Quelle ließ sich nicht bewegen, eine große Anzahl von Arbeitsplätzen oder sogar Schöpflin selbst zu erhalten. Es brauchte etwas anderes, einen unabhängigen, dynamischen Kreis, der sich nicht scheute, auch zu dem unkonventionellen Mittel eines Boykotts zu greifen.

Zunächst mussten grundsätzliche Dinge geklärt werden, wie z. B. die Frage: Ist ein Boykott erlaubt? Ein Boykott ist erlaubt und durch das Recht der freien Meinungsäußerung grundsätzlich gedeckt. Drei Kriterien müssen eingehalten werden. Der Boykottaufruf darf nicht zum Wettbewerbsvorteil des Aufrufenden führen. Es darf niemand mit psychischer Gewalt daran gehindert werden, das boykottierte Konsumgut zu kaufen. Es sollte der Adressat des Boykotts eine Person oder eine Firma sein, die für das bekämpfte Unrecht direkt verantwortlich ist. Bislang hat kein Gericht der Bundesrepublik einen Boykott untersagt, der diese Kriterien erfüllt hat – selbst dann nicht, wenn große ökonomische Einbußen des boykottierten Unternehmens zu erwarten waren.²⁵ Als diese Grundlagen geklärt waren, arbeitete der SoS-Kreis konkret an der Umsetzung eines bundesweiten Boykotts zum Erhalt von Arbeitsplätzen.

AUS AUF RATEN

Nachdem der weitere Zugang zu den Unternehmenszahlen erstritten worden war, wurde das Ergebnis des Budde-Gutachtens am 14.1.1999 veröffentlicht: Bei Schöpflin könnten zwei von drei Arbeitsplätzen erhalten. Dafür wären einige Bedingungen zu erfüllen: Abbau der starken Hierarchie, Zusammenlegung der Standorte, Reduzierung der Belegschaft, Abbau der Werbekosten etc. Die sich daraus ergebende schwarze Null sah die Quelle-Holding jedoch als unzureichend an. Vier Tage später beauftragt Quelle einen Zweitgutachter mit der Prüfung des Budde-Gutachtens. Eine Luftballonaktion von 40 Belegschaftsmitgliedern und der hbv in Nürnberg heizten die Atmosphäre noch einmal an. Der badische Landesbischof Dr. Ulrich Fischer appellierte

gemeinsam mit zahlreichen Vertreter/-innen der evangelischen und katholischen Kirchengemeinden per Fax noch einmal an die Firmenleitung: „Mein Appell an die Konzern-Leitung war und ist es, Ihrer wirtschaftlichen und sozialen Verantwortung gegenüber den betroffenen Menschen in der Region gerecht zu werden und alle Möglichkeiten der Zukunftssicherung des Standortes offen und ernsthaft zu prüfen.“

28.1.1999: Im Rahmen der 3. Interessenausgleichsverhandlungen nimmt der Schöpflin-Aufsichtsratsvorsitzende Achenbach Stellung zum Sanierungskonzept und erklärt die Verhandlungen für gescheitert. „Ohnmächtige Wut entläßt sich. Beschäftigte zerreißen Quelle-Kataloge und bekleben die Nobel-Karossen der Manager. Die übernervöse Geschäftsführung verweigert dem Fernsehen die Dreh-erlaubnis auf dem Betriebsgelände. Dr. Achenbach inszeniert eine Pressekonferenz in Freiburg.“²⁶ Die Zeitungen titeln am Tag darauf: „Quelle: Kein Erbarmen mit Schöpflin“²⁷ und „Keine Chance mehr für Schöpflin in Lörrach – Quelle wird Versandhaus endgültig schließen“ und im Kommentar „Gnadenlose Härte ist erschreckend“²⁸

30.1.1999: Der Quelle-Vorstand informiert in einer halbseitigen Anzeige die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises über die Schließung „noch in diesem Jahr“.²⁹

TIEFE ENTTÄUSCHUNG UND HOFFNUNGSLOSIGKEIT

„Der Landrat zeigte sich enttäuscht. Die Oberbürgermeisterin sieht Quelle in der Verantwortung.“³⁰ Das Oberbadische Volksblatt startete eine Umfrage bei den Mitarbeitern und konstatierte ohnmächtige Wut, tiefe Enttäuschung und Hoffnungslosigkeit.³¹ Ab da konnte man die ersten geschichtlichen Rückblicke in den Zeitung finden. Das Museum am Burghof eröffnete die Ausstellung „Schöpflin gestern und heute“ am 25.2.1999 als Mutmacher. Der Tenor der Zeitungsartikel und die Äußerungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zeigten, wie hart die Menschen getroffen worden waren. Der Krankenstand bei Schöpflin war so niedrig wie nie zuvor, weil die Ereignisse sich überstürzten und man abends, wenn man Schöpflin

verließ, nicht wissen konnte, was der nächste Tag bringen würde.

DER BUNDESWEITE BOYKOTT GEGEN QUELLE

Am 22.2.1999, einen Tag vor den Verhandlungen in der Einigungsstelle, war der offizielle Beginn des bundesweiten Boykotts von Quelle-Produkten, um die Arbeitsplätze bei der Firma Schöpflin zu erhalten. Verantwortlich war der Solidaritätskreis Schöpflin, der sich zwischenzeitlich fünf Mal in Brombach getroffen hatte, um einen Boykott vorzubereiten. Schlussendlich wurden 200 000 Protestpostkarten gedruckt und verteilt. Sie sollten dann zu Quelle geschickt werden. Auf den Postkarten war zu lesen: „... Legen Sie (Dr. Ingo Riedel, Vorstandsvorsitzender der Schickedanz Holding KG) ein Konzept zur Erhaltung von Schöpflin in Lörrach vor! Solange das nicht geschieht, erkläre ich als verantwortungsbewußte/r Käufer/in: Ich werde vorläufig weder bei Quelle bestellen noch im Quelle-Shop einkaufen. Auch werde ich meiner Familie und unter meinen Bekannten dafür werben, vorläufig bei Quelle nichts mehr zu bestellen.“³² Einen Tag nach der Pressekonferenz, die den Boykottbeginn bekannt gab, begannen die Sozialplanverhandlungen. Die Postkarten fanden reißenden Absatz. Am 29.2.1999 sind bereits 55 000 Protest-Postkarten unterwegs.

DRUCK AUSHALTEN

Die Reaktion der Quelle-Führung ließ nicht lange auf sich warten. Aus dem SoS-Kreis wurden von der Quelle-Führung drei Pfarrer herausgegriffen und als „Rädelsführer“ ausgemacht. Quelle-Mitarbeiter drohten auf Anregung der Firmenleitung mit Kirchenausstritten, falls der Boykottaufruf nicht zurückgenommen werden würden. Vom 26.2. bis zum 28.2.99 gehen ca. 100 Faxe bei den drei Pfarrern ein. Der Tenor war, dass durch den Boykottaufruf Quelle-Arbeitsplätze vernichtet werden würde. Diese Faxe waren für die Pfarrer eine große Belastung. Aber der SoS-Kreis bewährte sich in Krisensituationen als sehr stabil. Die unterschiedliche Zusammensetzung des Kreises mit vielseitigen Erfahrungen und die professionelle

Moderation machten dies möglich. Dies war auch nötig, denn ebenfalls am 26.2.1999 erreichte den SoS-Kreis über Pfarrer Andreas Riehm-Strammer eine Nachricht des Quelle-Vorstandes. Der informierte über den „Offenen Brief“, der am nächsten Tag in der Presse sein sollte, und der den Appell enthielt, den Boykottaufruf zurückzunehmen. „Gleichzeitig haben wir Herrn Erzbischof Dr. Oscar Saier, Freiburg, und Herrn Bischof Dr. Ulrich Fischer, Karlsruhe, darüber unterrichtet. Beide Herren haben wir auch um ein klärendes Gespräch gebeten. Da wir Ihren öffentlichen Boykottaufruf für rechtswidrig erachten, behalten wir uns eine Schadensersatzforderung Ihnen gegenüber vor.“ Große Worte.

Das angekündigte „Spitzen“-Gespräch mit den Bischöfen und dem Quelle-Vorstandsvorsitzender Willi Harrer in Karlsruhe, ein vertrauliches Gespräch, zeigte nach außen nicht die Wirkung, die es haben sollte. Im Gegenteil, der Versuch zur Disziplinierung war es erst, der den Boykott auf die Seiten des Spiegels³³ und der Frankfurter Rundschau brachte und damit für bundesweite Beachtung sorgte.

In der Region wurde der Boykott so stark unterstützt, dass die Quelle-Shops von großen Umsatzrückgängen betroffen waren.

In Brombach erzählte man sich, dass der Paketbote jetzt argwöhnisch mit Blicken verfolgt wurde, ob und bei wem er eventuell Quelle-Pakete ins Haus brachte.

PRAKTISCHE KAMPAGNENARBEIT

Das hieß im SoS-Kreis Kontakt halten zu: Belegschaft und Betriebsrat; regionalen und bundesweiten Frauengruppen und Frauenbeauftragten und Landesfrauenräten; Gewerkschaften und Kirchen; Stadt und Land; Vereine und Verbände, den eigenen wie anderen; zu Politikern: der MdL's, MdB's, MdEP's, Ministerpräsident Erwin Teufel, Bundesarbeitsminister Riester ... Einbinden, Erweitern, wöchentliche Treffen, sich abstimmen, schlussendlich: Telefonieren oder Schreiben, Eintüten, Verschicken. Presseartikel und Leserbriefe für die örtliche und bundesweite Presse, Radio- und später Fernsehinterviews. Reisen nach Nürnberg, Leipzig (zum Quelle-Vertriebszentrum) und Bonn (zum Bundesarbeitsminister Riester und später

zu einem Gespräch „Bündnis für Arbeit“). Die Kontaktaufnahme zu den Mitgliedern des Baden-Württembergischen Landtages führte beispielsweise dazu, dass Politiker/-innen des Landes Baden-Württemberg, des Bundes und Europaabgeordnete sich in einem Brief an den Quellenvorstand und öffentlich für den Boykott aussprachen. Politiker aller Parteien hatten sich angeschlossen. Das stimmte nachdenklich.

„Im Rahmen der Boykottkampagne gegen Quelle bestand ein klar umrissenes Dreieck von Aktionspartnern: die betroffene Belegschaft von Schöpflin mit ihrem Betriebsrat, die zuständige hbv mit ihrem Gewerkschaftssekretär und weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, und der SoS als ein dazukommendes soziales Netzwerk. Nicht ganz von Beginn an, aber deutlicher im Laufe der Kampagne verstand sich der SoS als ein eigenständiges Aktivitätszentrum, in und mit dem unabhängig und mit eigenen Aktionsformen die gemeinsamen Ziele aller drei Aktionspartner unterstützt werden konnten.“³⁴ Praktisch hieß das, immer wenn Gerd Vetter, hbv, in den Verhandlungen zum Sozialplan aufgefordert wurde, auf die Einstellung des Boykotts hinzuwirken, konnte er beruhigten Gewissens sagen, dass er darauf keinen Einfluss habe.

Es kamen immer wieder Arbeitsplatzangebote von der Quelle-Führung: 40 im Umkreis von 15 km bei weniger Geld. Dann wurden es 180 Arbeitsplätze, 20 Prozent davon befristet. Eigentlich immer noch zu wenig Arbeitsplätze, halbherzige Angebote.

Am 23.4.1999, zwei Monate nach Beginn des Boykotts, erklärt der SoS-Kreis den Boykott in einer Pressekonferenz für beendet. Es ist durch den Boykott manches unterstützt worden, so auch ein Sozialplan, der Maßstäbe setzte. Das Großversandhaus Schöpflin in Lörrach konnte aber nicht erhalten werden.

DER SOZIALPLAN

19.4.1999: Handschriftlich wurde vom Vorsitzenden Richter Werner Althaus (Landesarbeitsgericht Mannheim) die Eckpunkte des Sozialplans notiert und von den anwesenden Parteien unterschrieben. Bis dahin waren die Sitzungen von Verhandlungsabbrüchen gekennzeichnet. Der hbv-Geschäftsführer Gerd Vetter rechnet den Sozialplan auf ein Volumen

von ca. 50 Millionen Mark hoch. Die exakten Zahlen liegen in Nürnberg unter Verschluss.

Im Sozialplan wurde u.a. festgelegt, dass 120 Arbeitsplätze unbefristet am Standort Lörrach erhalten bleiben. Am 1.8.1999 wurde eine Ausbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft (AuB) gegründet, deren gesamte Kosten von Quelle getragen wurden. Es wurden weder Abfindungen noch Auslauflohne/-gehälter zur Finanzierung herangezogen. Der regionale Arbeitsmarkt wurde insofern entlastet, dass über 55jährige (150 Beschäftigte) durch eine Vorruhestandsregelung auf der Basis von 90 Prozent ihres letzten Netto-Einkommens unter Anrechnung von Arbeitslosengeld und vorgezogener betrieblicher Altersversorgung animiert wurden, dem Arbeitsmarkt fernzubleiben. Nachteile wurden durch Abfindungszahlen ausgeglichen. Dazu zählte auch, was mir besonders am Herzen lag: Für Erziehende gab es 5 000 DM extra pro Kind.

Leid tut es mir für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die das Pokerspiel um die Sozialplanregelungen fast nicht mehr aushalten konnten. Von ihnen war zu hören, lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende. Gerd Vetter hatte gute Nerven bewiesen, was dann letztlich in monetärer Form in die Taschen der Belegschaft floss, eine Abfindung zuzusagen.

DER LETZTE ARBEITSTAG

Man kann es sich, glaube ich, nicht vorstellen, wenn man es nicht selbst erlebt hat. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben die ganze Zeit weiter gearbeitet. Vor Weihnachten waren trotz des prophezeiten Untergangs der Firma sogar Überstunden angesagt. Gespannt wartete die Belegschaft auf Verhandlungsergebnisse. Am 22. März legte sie spontan die Arbeit nieder. „Scharfe Kritik übten die Schöpflin-Mitarbeiter daran, daß der Quelle-Vorstand sich vornehm im Hintergrund halte und nicht bereit sei, der Belegschaft Auge in Auge gegenüberzutreten.“³⁵ Dabei nahm die Zahl der Mitarbeiter/-innen stetig ab, wenn jemand eine andere Arbeit gefunden hatte oder wenn er durch die ganzseitige Anzeigen anderer Versandhäuser abgeworben worden war.

Als das Ende immer näher rückte, wurde bereits mit dem Ausverkauf begonnen: Stühle wurde unter den Beschäftigten weggezogen, denn die Stühle waren verkauft. Mitarbeiter, die nach Reisetätigkeit zurückkehrten, fanden ihr Büro ausgeräumt.

Der letzte offizielle Arbeitstag bei Schöpflin war der 21.7.1999. Mit schwarzen Fahnen zogen die Beschäftigten zur letzten Betriebsversammlung. Neben dem Geschäftsführer Dr. Wahle und dem Vorsitzenden des Betriebsrates Hansjörg Obermeier sprachen die Oberbürgermeisterin der Stadt Lörrach Gudrun Heuteblum, MdL Peter Reinelt, Petra Böttcher (Business and Professional Women - Germany, Weil am Rhein) und weitere Vertreter des SoS-Kreises.

DIE AUSBILDUNGS- UND BESCHÄFTIGUNGSGESELLSCHAFT (AUB)

Bei Schließung sind von den 900 Beschäftigten noch 700 bei Schöpflin. „48 bleiben bei der Schöpflin-Tochter „Mode und Preis“, die Quelle weiterführt. 155, die über 55 und älter sind, gehen mit den Mittel aus dem Sozialplan in den Vorruhestand. 80 Beschäftigte lassen sich die Abfindung auszahlen und suchen auf eigene Faust eine neue Stelle. Die AuB - Schöpflin lief vom 1.8.1999 bis 31.7.2001. Mitarbeiter, die in die AuB wechselten, hatten die Garantie, zunächst vor Arbeitslosigkeit geschützt zu sein. „Den Mitarbeitern war bewußt, dass Qualifizierung unerlässlich ist, wollten sie wieder Fuß auf dem Arbeitsmarkt fassen. Diese Einsicht drückt sich in der hohen Qualifizierungsquote von 83 Prozent aus. In Einzelfällen endeten die Umschulungen erst im Jahr 2002.“³⁶

AuB-Geschäftsführer Gnann zog eine positive Bilanz: 323 ehemalige Mitarbeiter/-innen wechselten in die Beschäftigungsgesellschaft. In den zwei Jahren AuB-Schöpflin gingen insgesamt 226 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter neue Beschäftigungsverhältnisse ein. Im Juli 2001 hatten 159 Arbeitnehmer/-innen eine Arbeit. Daraus ergibt sich eine Vermittlungsquote von 56 Prozent. Andererseits würde das heißen, dass ungefähr 180 Menschen arbeitslos geworden sind.

WEITERE ERGEBNISSE

„Es ist schön, ein Badener zu sein“ ... so begann ein Leserbrief eines Bürgers aus Steinen³⁷ und weiter – „wo sonst in Deutschland gibt es für Menschen, denen die Arbeitslosigkeit droht (Schöpflin), eine so breite aktive Unterstützung in der Bevölkerung?“ Ich bin sicher, so etwas gibt es auch anderswo in Deutschland, aber die Idee des Solidaritätskreises Schöpflin als soziales Netzwerk, als „Dritte Kraft“, ist bereits als mögliches Organisationsmodell in die Analen der Kampagnenarbeit eingegangen.

Gewerkschaft hbv: Kurz nach der Quelle/Schöpflin-Kampagne startete die hbv einen Boykottaufruf gegen die Citi-Bank. Zum ersten Mal seit dem Ende der Weimarer Republik hat eine Gewerkschaft wieder zum Mittel eines bundesweiten Boykotts als Arbeitskampf gegriffen.³⁸

Kirche: Wie stellt sich Kirche dar und was kann sie auch sein? „Kirche“ wurde deutlich zu einem öffentlichen Thema.

Viele öffentliche und private (Podiums)-Diskussionen fanden statt, die um zwei Worte kreisten: Eigentum verpflichtet. Oder auch: Was verstehe ich unter sozialer Gerechtigkeit?³⁹

Stadt Lörrach und Landkreis: „Die vielen Kilometer, die die Lörracher Oberbürgermeisterin und der Landrat in den vergangenen Monaten zwischen Lörrach und der Landeshauptstadt zurückgelegt haben, scheinen sich zu lohnen. ... In Stuttgart hat man erkannt, daß die Region Lörrach, die sich in einer beängstigenden Strukturkrise befindet, Hilfe benötigt.“⁴⁰ „Eine Maßnahme mit Priorität wird der Ausbau der Berufsakademie Lörrach. ... In dem Gespräch wies der Regierungschef (Teufel) auch auf die Förderung der Verkehrsinfrastruktur im Kreis Lörrach hin und auf das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR). 2,6 Millionen (DM) sollen daraus 1999 in Kreisgemeinden fließen. Damit würden private und kommunale Investitionen von 17 Millionen Mark angeregt und 60 Arbeitsplätze gesichert oder neu geschaffen.“⁴¹

Für mich bleibt die Hoffnung, dass die ehemalige Belegschaft und unter ihnen die vielen Frauen, sich nicht nur mit der neuen Situation haben arrangieren, sondern, dass sie ihre

Lebens- und Arbeitssituation sogar positiv haben ändern können.

Anmerkungen

- 1 1964 wurde Schöpflin von der Quelle-Unternehmensgruppe „Quelle Schickedanz AG & Co“, aus Nürnberg/Fürth, übernommen. Sie besitzt rund 100 Tochter- und Beteiligungsgesellschaften im europäischen Ausland und Osteuropa Zahlen aus: „Quelle ausradieren – statt sanieren“ Herausgeber: Gewerkschaft hbv, BV Südbaden, 2000.
- 2 Petra Böttcher war Mitglied im Solidaritätskreis Schöpflin und zur Zeit der Schließung von Schöpflin 1. Vorsitzende der internationalen NGO Business and Professional Women-Germany, BPW-Germany, (ehem. Deutscher Verband Berufstätiger Frauen), Club Weil am Rhein. Bis 1998 befasste sich der ehrenamtlich arbeitende Verein nicht mit Firmenschließungen. Eines der Ziele der konfessionell und parteiunabhängigen Organisation ist das Vorantreiben der Gleichberechtigung. Die Parteinahme für Frauen hatte dazu geführt, sich für den Erhalt der Firma Schöpflin einzusetzen, denn dort waren 70 Prozent der Belegschaft Frauen.
- 3 Landratsamt Lörrach und Stadt Lörrach in: Resolution zur Erhaltung des Standortes Lörrach des Großversandhauses Schöpflin, 6.11.1998.
- 4 Kath. Pfarrgemeinde St. Peter in einem Brief an die Konzernleitung Schickedanz Holding KG, Vorstandsvorsitzenden Dr. Ingo Riedel, 9.11.1998.
- 5 Presseankündigung der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Geschäftsführer Gerd Vetter, anlässlich der Protestkundgebung am 13.1.98 in Lörrach.
- 6 Oberbadisches Volksblatt, 3.11.1998.
- 7 Badische Zeitung, 3.11.1998.
- 8 hbv, „Informationen“, 2.11.1998.
- 9 Oberbadisches Volksblatt „Guten Morgen“, 3.11.1998.
- 10 Presseerklärung, Evangelische Dekanate Lörrach und Schopfheim, Dr. Hans Pfisterer und Helfried Heidler, 3.11.1998.
- 11 Kath. Pfarrgemeinde St. Peter in einem Brief an die Konzernleitung Schickedanz Holding KG, Vorstandsvorsitzenden Dr. Ingo Riedel, 9.11.1998.
- 12 Schreiben des Betriebsrates der Quelle Schickedanz AG & Co, Peter Kalow, an den Betriebsratsvorsitzenden von Schöpflin Hans-Jörg Obermeier, 5.11.1998.
- 13 Landrat Rübsamen und Oberbürgermeisterin Heute-Blum in der Resolution zur Erhaltung des Standortes Lörrach des Großversandhauses Schöpflin, 6.11.1998.
- 14 Weiler Zeitung, 11.11.1998.
- 15 Hansjörg Obermeier, Betriebsrat, anlässlich der Schöpflin-Betriebsversammlung am 9.11.1998, Oberbadisches Volksblatt, 10.11.1998.
- 16 „Quelle: ausradieren statt sanieren. Dokumentation über den Kampf um die Arbeitsplätze bei der Quelle-Tochter Schöpflin 1997-2000“, Herausgeber: hbv-Südbaden, 2000, Seite 9.
- 17 Weiler Zeitung, 15.12.1998.

- 18 Antwortschreiben des Staatsministerium Baden-Württemberg vom 22.12.1998 auf einen Brief, den der BPW Weil am Rhein im Namen der baden-württembergischen BPW Clubs, des BPW Strasbourg und des BPW Basel verschickt hatte. Inhalt: Nachdrückliche Bitte, sich bei den anstehenden Gesprächen mit der Geschäftsleitung der Firma Quelle für die Erhaltung der 900 Arbeitsplätze einzusetzen. 11.12.1998.
- 19 Badische Zeitung, 12.12.1998.
- 20 Badische Zeitung, 4.11.1998.
- 21 Oberbadisches Volksblatt, 7.11.1998.
- 22 Business and Professional Women, ehem. Deutscher Verband Berufstätiger Frauen.
- 23 „Quelle: ausradieren statt sanieren. Dokumentation über den Kampf um die Arbeitsplätze bei der Quelle-Tochter Schöpflin 1997-2000“, Herausgeber: hbv-Südbaden, 2000, Seite 10.
- 24 Weihnachtsbotschaft an die Gemeinden (Dez. 1998) unterzeichnet von den Dekanen Dr. H. Pfisterer (Ev. Dekanat Lörrach), H. Heidler (Ev. Dekanat Schopfheim), F. Kreutler (Kath. Dekanat Wiesental) und A. Blümmel (Kath. Dekanat Säckingen).
- 25 Solidarität mit dem Einkaufskorb von Ulrich Wohland in: „Quelle: ausradieren statt sanieren. Dokumentation über den Kampf um die Arbeitsplätze bei der Quelle-Tochter Schöpflin 1997-2000“, Herausgeber: hbv-Südbaden, 2000, Seite 153.
- 26 „Quelle: ausradieren statt sanieren. Dokumentation über den Kampf um die Arbeitsplätze bei der Quelle-Tochter Schöpflin 1997-2000“, Herausgeber: hbv-Südbaden, 2000, Seite 13.
- 27 Badische Zeitung, 29.1.1999.
- 28 Weiler Zeitung, 29.1.1999.
- 29 Badische Zeitung, 30.1.1999.
- 30 Badische Zeitung, 29.1.1999.
- 31 Oberbadisches Volksblatt, 30./31.1.1999.
- 32 Protest-Postkarte: Neu im Quelle-Katalog: 900 Arbeitslose bei Schöpflin.
- 33 Spiegel, Ausgabe 15/1999 vom 12.4.99. Der Spiegel interessierte sich schon am 23.3.99, aber der Kosovokrieg verhindert zunächst eine Berichterstattung.
- 34 „Quelle: ausradieren statt sanieren. Dokumentation über den Kampf um die Arbeitsplätze bei der Quelle-Tochter Schöpflin 1997-2000“, Herausgeber: hbv-Südbaden, 2000, Seite 130.
- 35 Oberbadisches Volksblatt vom 23.3.1999.
- 36 AuB - Schöpflin, Abschlußbericht.
- 37 Badische Zeitung vom 17.3.1999.
- 38 Solidarität mit dem Einkaufskorb von Ulrich Wohland in: „Quelle: ausradieren statt sanieren. Dokumentation über den Kampf um die Arbeitsplätze bei der Quelle-Tochter Schöpflin 1997-2000“, Herausgeber: hbv-Südbaden, 2000, Seite 152.
- 39 Vorträge des ev. Pfarrers Andreas Riehm-Strammer aus Brombach und Petra Böttcher, BPW-Germany, Weil am Rhein am 10.12.1999 auf Einladung der Kreisdelegiertenversammlung der SPD.
- 40 Weiler Zeitung vom 13.3.1999, Guido Neidinger in „Lörracher Aspekte“.
- 41 Badische Zeitung vom 13.3.1999.

Anschrift der Autorin:
 Petra Böttcher
 Hauptstraße 23
 79588 Efringen-Kirchen